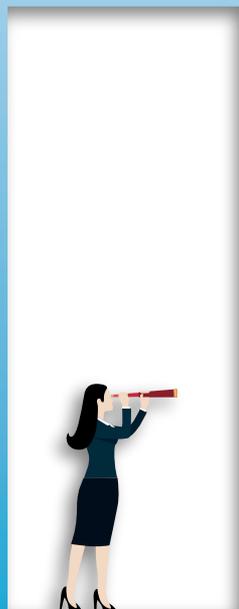


Geschäftsbericht 2021

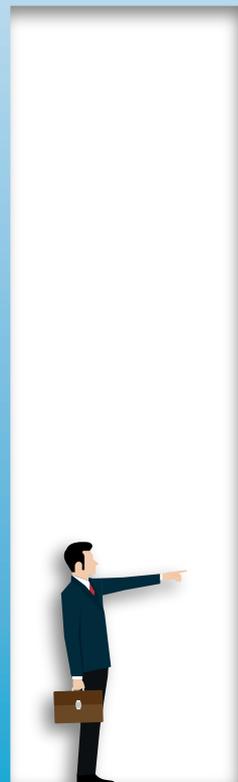
Bürgschaften & Beteiligungen für ein
solides Unternehmensfundament



Mission.



Vision.



Innovation.



Erfolg.

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

in Zahlen

Gründungsdatum	20. Dezember 1990 in Erfurt
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Eintragung ins Handelsregister	03. Mai 1991
Amtsgericht Jena	HRB 102250
Stammkapital 2021	EUR 12.9 Mio.
Gesellschaftergruppen	Kreditinstitute Industrie- und Handelskammern Handwerkskammern Steuerberaterkammer Unternehmensverbände Versicherungen
Organe	Gesellschafterversammlung Verwaltungsrat Bewilligungsausschuss Geschäftsführung

Bürgschaften und Garantien 2021

	Anzahl	Kredit- bzw. Beteiligungsvolumen	Bürgschafts- bzw. Garantievolumen
Bürgschafts- und Garantiestand zum 31.12.2021	1.458	341,1 Mio. EUR	266,3 Mio. EUR
Bewilligte Bürgschaften und Garantien im Jahr 2021	148	62,7 Mio. EUR	51,3 Mio. EUR
davon Existenzgründungen	64	23,4 Mio. EUR	19,1 Mio. EUR

Bürgschaften sind wertstabile Sicherheiten.
Sie ermöglichen Finanzierungen und
erleichtern die Kreditvergabe bei Banken.

Digitaler Geschäftsbericht

Über den untenstehenden Link oder den QR Code
rechts erreichen Sie unseren Geschäftsbericht digital.

bbt-mbg-geschaeftsbericht.de



Inhaltsverzeichnis

Finanzbericht Bürgschaftsbank	1
Lagebericht	4
Bilanz	10
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	14
Besetzung Verwaltungsrat	20
Bewilligungsausschuss	22
Anlagespiegel	23
Bestätigungsvermerk	24
Bericht des Verwaltungsrates	27
Impressum	48

Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsmodells

1.1. Grundlagen der Bank

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) ist eine Fördereinrichtung der Thüringer Wirtschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, vielversprechenden unternehmerischen Ideen des Thüringer Mittelstandes das notwendige Start- bzw. Erweiterungskapital zu verschaffen. Dazu übernimmt sie Bürgschaften gegenüber Banken, Sparkassen und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und für Agrarunternehmen. Dabei orientiert sich die BBT als Förderinstitut sowohl an finanziellen Leistungsindikatoren, wie dem Neugeschäftsvolumen, das sich aus den genehmigten Bürgschaften und Garantien ergibt und dem Betriebsergebnis vor Bewertung, als auch an nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, wie den mit den Bürgschaften und Garantien geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen, die im Genehmigungsverfahren entsprechend avisiert wurden.

1.2. Wirtschaftsbericht – Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2021 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,7% höher als im Jahr 2020. (Quelle: Statistisches Bundesamt Pressemitteilung vom 14. Januar 2022). Im Vergleich zum vorangegangenen Krisenjahr 2020, in dem die Produktion im Zuge der Corona-Pandemie teilweise massiv eingeschränkt worden war, hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 in fast allen Wirtschaftsbereichen erhöht. Trotz der Zuwächse im Jahr 2021 hat die Wirt-

schaftsleistung in den meisten Wirtschaftsbereichen noch nicht wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg im Verarbeitenden Gewerbe deutlich um 4,4% gegenüber dem Vorjahr. Auch die meisten Dienstleistungsbereiche verzeichneten gegenüber 2020 merkliche Zuwächse. So nahm die Wirtschaftsleistung der Unternehmensdienstleister, zu denen Forschung und Entwicklung, Rechts- und Steuerberater sowie Ingenieurbüros zählen, um 5,4% zu. Aufgrund der anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen fiel das Wirtschaftswachstum in dem zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, mit einem Plus von 3,0% verhaltener aus. Im Baugewerbe, in dem die Corona-Pandemie im Jahr 2020 keine sichtbaren Spuren hinterlassen hatte, ging die Wirtschaftsleistung 2021 gegenüber 2020 leicht um 0,4% aufgrund von Engpässen bei Arbeitskräften und Material zurück. Der Außenhandel erholte sich 2021 von den starken Rückgängen im Vorjahr. Deutschland exportierte preisbereinigt 9,4% mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als 2020. Die Importe legten gleichzeitig um preisbereinigt 8,6% zu. Damit lag der Außenhandel Deutschlands 2021 nur noch leicht unter dem Niveau des Jahres 2019. Die Konsumausgaben des Staates waren auch im Jahr 2021 eine Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Sie stiegen trotz des bereits hohen Vorjahresniveaus im zweiten Jahr der Corona-Pandemie preisbereinigt um weitere 3,4%. (Quelle: Statistisches Bundesamt Pressemitteilung vom 14. Januar 2022). Vor allem durch die vielfältigen Corona-Hilfen errechnet sich im Jahr 2021 das zweithöchste Staatsdefizit (seit der deutschen Wiedervereinigung) mit einer Defizitquote von 4,3%. Die Zahl der Erwerbstätigen in Höhe von

44,9 Mio. im Jahresdurchschnitt 2021 beträgt genauso viele Erwerbstätige wie im Vorjahr. (Quelle: Statistisches Bundesamt). Im Freistaat Thüringen ist für die Entwicklung der Wirtschaftsleistung für 2021 ebenfalls mit einem Anstieg zu rechnen, wobei dieser dem Trend der letzten Jahre folgend leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegen sollte. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,6% auf 1.019 Mio. gesunken (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik vom 25. Januar 2022). Das Zinsumfeld wird weiterhin bestimmt von einer unveränderten Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Damit können die in den letzten Jahren deutlich gesunkenen Zinserträge der BBT aus den Eigenanlagen keine signifikanten Ergebnisbeiträge mehr leisten. Die Wettbewerbssituation für die Bürgschaftsbank ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Mittelstandskreditgeschäft besteht trotz Corona ein unverändert spürbarer Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, welcher erfahrungsgemäß auch oft über die Besicherung geführt wird. Die Wettbewerbsprodukte der Thüringer Aufbaubank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau grenzen sich grundsätzlich größtenteils durch unterschiedliche Größenklassen und Finanzierungssegmente ab. 2020 und 2021 kam es hier allerdings durch verschiedene Corona-Maßnahmen zu vermehrten Überschneidungen.

1.3. Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Ausgehend von einem geplanten Jahresergebnis in Höhe von TEUR 24 und einem erwarteten Neugeschäftsvolumen von EUR 42,5 Mio. hat sich folgender Geschäftsverlauf im Jahr 2021 ergeben: Das genehmigte Volumen an neuen Bürgschaften und Garantien konnte erfreulicherweise auf EUR 51,3

Mio. (Vorjahr EUR 49,1 Mio.) gesteigert werden. Insbesondere im Bereich Nachfolgefinauzierungen war eine unverändert starke Nachfrage der Unternehmer respektive der Hausbanken zu konstatieren. Die durchschnittliche Höhe der beantragten Bürgschaften und Garantien ist wie schon in den letzten Jahren weiter angestiegen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 148 Bürgschaften bzw. Garantien übernommen, womit ein Investitionsvolumen von ca. EUR 119 Mio. ausgelöst und damit 418 neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. 1.892 Arbeitsplätze gesichert wurden.

Der Bestand an Bürgschaften und Garantien beläuft sich zum Jahresende 2021 auf EUR 266,3 Mio. und liegt damit über dem Vorjahresniveau (EUR 255,8 Mio.). Insgesamt werden per Jahresultimo Bankkredite und Beteiligungen für 1.196 Unternehmen in Thüringen abgesichert. Im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages waren Mitarbeiter der Abteilung Beteiligungsgeschäft, der Abteilung Betriebsmanagement, des Geschäftsführungssekretariates und der Abteilung Rechnungswesen/Controlling für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH tätig.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1. Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung und vor Steuern in Höhe von TEUR 1.086 hat sich gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.222) um 11,0% verringert, was hauptsächlich auf geringere Erträge aus der Geschäftsbesorgung mit der MBGT (TEUR -130) zurückzuführen ist. Die Verwaltungsaufwendungen liegen unter der Planung (TEUR 3.746) und bewegen sich zum Stichtag mit TEUR 3.653 auf Vorjahresniveau (TEUR 3.633). Unter Berücksichtigung der nicht erfolgten Aus-

schüttung aus dem Spezialfonds (Plan TEUR 340) konnte die Planzahl für das Betriebsergebnis vor Bewertung (TEUR 1.274) übertroffen werden. Der Zinsüberschuss beträgt TEUR 104 (Vorjahr TEUR 120). Auf eine ursprünglich ange-dachte Teilausschüttung aus dem Spezialfonds wurde wie im Vorjahr verzichtet. Die Erträge aus Bearbeitungsgebühren sowie Bürgschafts- und Garantieprovisionen beliefen sich im Jahr 2021 auf TEUR 3.781 (Vorjahr TEUR 3.707). Der Anstieg um TEUR 74 ist insbesondere auf den in den letzten beiden Jahren gestiegenen Bürgschaftsbestand zurückzuführen. Aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) durch die BBT wurde im Geschäftsjahr ein Ertrag in Höhe von TEUR 908 (Vorjahr TEUR 1.038) erzielt. Der Personalaufwand in Höhe von TEUR 2.560 (Vorjahr TEUR 2.506) liegt leicht über Vorjahresniveau. Im Geschäftsjahr 2021 waren neben der Geschäftsführung durchschnittlich 29 Mitarbeiter (Vorjahr 30, davon 5,4 Teilzeitkräfte, eine geringfügig Beschäftigte und 0,4 in Elternzeit) angestellt. Die Sachaufwendungen in Höhe von TEUR 1.093 liegen unter dem Niveau des Vorjahres (TEUR 1.127) und deutlich unter der Planung (TEUR 1.280). Ursächlich hierfür sind insbesondere gegenüber der Planung geringere IT-Kosten.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft stellt sich trotz der anhaltenden Corona- Krise im Berichtsjahr mit TEUR -600 deutlich besser dar als im Vorjahr (TEUR -1.973). In 2021 waren Zuführungen von Rückstellungen im Bürgschafts- und Garantiegeschäft von TEUR 2.774 (Vorjahr TEUR 3.941) zu bilden, welche durch Auflösungen in Höhe von TEUR 1.906 (Vorjahr TEUR 2.175) teilweise kompensiert werden konnten. Die erzielten Regresserlöse von TEUR 201 liegen auf Vorjahresniveau (TEUR

202). Vorsorgereserven nach § 340 f HGB bestehen unverändert in Höhe von TEUR 670. Mit Einzel- und Pauschalrückstellungen von insgesamt TEUR 13.921 (Vorjahr TEUR 13.591) ist für die Risiken aus dem Kreditgeschäft ausreichend Risikovorsorge getroffen worden. Die Einzelrückstellungen wurden entsprechend § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit zum Stichtag 31. Dezember 2021 abgezinst. Vier Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden zum Stichtag aufgrund von Kursschwankungen mit TEUR 153 abgeschrieben. Für sechs Wertpapiere aus dem Anlagebestand erfolgten Abschreibungen in Höhe von TEUR 90 aufgrund von Kursschwankungen. Alle Papiere werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Für das Geschäftsjahr wird ein positives Jahresergebnis von TEUR 240 (Vorjahr TEUR 65) ausgewiesen, welches unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als zufriedenstellend eingeschätzt wird.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Bank ist durch die Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen in Höhe von EUR 307,0 Mio. (Vorjahr EUR 296,3 Mio.) gekennzeichnet. Die Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen sind gegenüber dem Vorjahr um EUR 10,1 Mio. gestiegen. Die Bilanzsumme setzt sich auf der Aktivseite wie im Vorjahr hauptsächlich aus den Forderungen an Kreditinstitute (EUR 10,5 Mio.; Vorjahr EUR 12,5 Mio.), aus dem Spezialfonds (EUR 24,2 Mio.; Vorjahr EUR 24,2 Mio.) und aus festverzinslichen Wertpapieren (EUR 19,6 Mio.; Vorjahr EUR 16,8 Mio.) zusammen. Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen neben täglich fälligen Forderungen (laufende Kontoführung und Tagesgelder) mit EUR 2,9 Mio. (Vorjahr EUR 4,9

Mio.) vor allem Termingeldanlagen bei drei Kreditinstituten in Höhe von EUR 7,5 Mio., davon EUR 6,5 Mio. bei zwei Gesellschafterbanken (Vorjahr EUR 6,5 Mio.) mit Restlaufzeiten bis zu sechs Jahren. Dem stehen auf der Passivseite hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Rückstellungen mit EUR 15,2 Mio. (Vorjahr EUR 14,8 Mio.) und Eigenmittel von EUR 39,0 Mio. (Vorjahr EUR 38,8 Mio.) gegenüber. Bei den Rückstellungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Vorsorgen für Inanspruchnahmen aus dem Bürgschafts- und Garantiesgeschäft. Die Eigenmittel der Bank werden sich nach Feststellung des Jahresabschlusses 2021 infolge Gewinnthesaurierung auf EUR 39,0 Mio. (Vorjahr EUR 38,8 Mio.) erhöhen und sind damit für die Risikotragfähigkeit der Bank sowie die Entwicklungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre ausreichend bemessen. Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 CRR lag zum Stichtag bei 63,63% und im Berichtsjahr jederzeit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Untergrenze von 22,5% (inklusive SREP-Zuschlag, Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10 c KWG und Einhaltung Eigenmittelzielkennziffer). Die Eventualverbindlichkeiten vor Absetzung von Einzel- und Pauschalrückstellungen (EUR 266,3 Mio.; Vorjahr EUR 255,8 Mio.) bestehen für Bürgschaften und Garantien. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von EUR 10,5 Mio, ist auf das starke Neugeschäft in 2021 (EUR 51,3 Mio.) sowie auf Corona-bedingte Tilgungsaussetzungen im Bürgschaftsgeschäft zurückzuführen. Die Finanzlage der Bank war in 2021 durch eine stets ausreichende Liquidität gekennzeichnet. Über das Geschäftsjahr hinweg werden ausreichend hohe und kurzfristig verfügbare Bankguthaben unterhalten. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung werden eingehalten. Die Zahlungsbereitschaft war und ist auch zukünftig jederzeit gewährleistet.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft unverändert als geordnet an.

3. Risikobericht

3.1. Risikomanagementsystem

Die Bürgschaftsbank Thüringen hat als Wirtschaftsförderinstitut die Aufgabe, für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe Hausbankkredite zu verbürgen bzw. Beteiligungen zu garantieren. Der Bund und der Freistaat Thüringen geben dafür Rückbürgschaften und Rückgarantien, um so wirtschaftliche Zielsetzungen zu fördern. Dadurch reduziert sich das Eigenrisiko der Bürgschaftsbank Thüringen grundsätzlich auf 30% des bewilligten Bürgschaftsvolumens. Bei Beteiligungs-garantien beträgt das Eigenrisiko 25%. Als Reaktion auf die Corona-Krise haben Bund und Land den staatlichen Anteil bis 30.04.2022 auf 85% bei Bürgschaften (ab 13.03.2020) und 80% bei Garantien (ab 01.11.2020) erhöht. Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank bildet die Geschäfts- und Risikostrategie. Ausgehend von einer Analyse der externen und internen Einflussfaktoren sowie der bestehenden Strukturen hat die Bank die Chancen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeit analysiert. Darauf aufbauend wurden für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten strategische Ziele festgelegt und Maßnahmen abgeleitet. Ferner erfolgen im Rahmen der Strategie eine Darstellung der wesentlichen Risiken der Bank sowie Erläuterungen zu den wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung dieser Risiken. Für das Risikomanagement bestehen in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank ausführliche Dokumente. Insbesondere im Risikohandbuch der Bank werden Ziele, Methoden, Verfahren,

Instrumente, Verantwortlichkeiten etc. des Risikomanagements dargestellt. Die Bank hat Arbeitsabläufe installiert, die es ihr ermöglichen, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, abzumildern und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

3.2. Risikotragfähigkeit

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Bank basierte im Berichtsjahr unverändert auf dem Going-Concern-Ansatz „alter Prägung“ und beinhaltet die gemäß aufsichtsrechtlichen Vorgaben geforderte Gegenüberstellung der potenziellen Risiken (erwartete und unerwartete Verluste) und der zur Abdeckung dieser Risiken zur Verfügung stehenden Mittel (Risikodeckungsmasse). Die Berechnung erfolgt grundsätzlich vierteljährlich auf Basis eines Fortführungsansatzes für einen Betrachtungszeitraum von jeweils 12 Monaten. Um die Risikosituation der Bank infolge der Corona-Krise zeitnah im Blick zu haben, wurde der Turnus zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit beginnend ab April 2020 bis Oktober 2021 von quartalsweise auf monatlich verkürzt. Berechnet werden ein Standardszenario und zwei Stressszenarien (historisches und hypothetisches). Zusätzlich werden jährlich Stresstests durchgeführt, bei den Entwicklungen aufgezeigt werden, die den Fortbestand der Bank nachhaltig gefährden könnten bzw. die Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs auf die Bank betrachtet werden. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit betrachteten Risiken werden durch die Geschäftsführung Limite festgelegt. Die Limitierung wird nur für das Standardszenario vorgenommen, da dieses zur Steuerung des laufenden Geschäftsbetriebes dient. Mindestens einmal jährlich werden die angewandten Verfahren bzw. Methoden, einzelne Parameter und die Limite für die einzelnen Risiken in den Szenarien überprüft.

Über die Ergebnisse der Berechnung der Risikotragfähigkeit werden die Geschäftsleitung monatlich und der Verwaltungsrat im vierteljährlichen Risikobericht ausführlich informiert.

3.3. Risikoarten

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Im Rahmen der Durchführung der ganzheitlichen Risikoinventur werden alle auf die BBT einwirkenden Risiken betrachtet, auf Veränderungen untersucht und eine Risikobewertung vorgenommen. Auch im Berichtsjahr wurde die Risikoinventur insbesondere unter dem Aspekt der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Thüringer Wirtschaft durchgeführt. Im Ergebnis der am 8. September 2021 stattgefundenen Risikoinventur hat die Bank für ihre Geschäftstätigkeit unverändert Adressenausfall- und Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken als wesentlich eingestuft.

3.3.1. Adressenausfallrisiko

Zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft besteht bei Bürgschaften eine Obergrenze von EUR 1,25 Mio. (bis 30.04.2022 EUR 2,5 Mio.) und bei Garantien für Beteiligungen im Regelfall eine Obergrenze von TEUR 900 pro Kreditnehmereinheit. Daneben besteht eine ratingabhängige Begrenzung der Neukreditvergabe. Neue Engagements und Engagementausweitungen sind grundsätzlich nur bis Rating-Klasse 7 des durch die Creditreform AG entwickelten 13-stufigen VDB-Ratingsystems möglich. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist die Ratingklasse 8 des 13-stufigen VDB-Ratingsystems zugelassen. Im Segment der Neugründungen ist in begründeten Fällen die Risikoklasse 9 zugelassen. Die Kreditvergabe erfolgt

dabei stets im Rahmen einer Einzelfallentscheidung unter Berücksichtigung der Bonität, Kreditwürdigkeit und Zukunftsaussichten der Kreditnehmer auf Basis der internen Arbeitsanweisungen zur Kreditprüfung. Die Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft vor allem durch eine regelmäßige Überprüfung des Ratings. Dabei werden alle Engagements mit einem Eigenobligo ab TEUR 75 jährlich mit Hilfe des VDB-Ratingsystems (System der Bürgschaftsbanken) beurteilt. Engagements unterhalb der Grenze von TEUR 75 werden einmal jährlich einem Retailrating unterzogen. Das Retailrating basiert auf Score-Werten der Creditreform Rating AG, welche durch das VDB-Rating zu einem eigenständigen Rating innerhalb des VDB-Ratingsystems verarbeitet werden. Bestandsengagements mit akuten Ausfallrisiken werden in die Abteilung Forderungsmanagement übergeben und dort gesondert überwacht. Adressenausfallrisiken der Bürgschaftsbank im Bürgschafts- und Garantiegeschäft werden durch Einzel- und Pauschalwertrückstellungen in ausreichendem Umfang abgeschirmt. Unter dem Aspekt der für alle mittelständischen Unternehmen und Angehörige der Freien Berufe jederzeit zugänglichen Förderbank verzichtet die BBT auf eine über die oben beschriebene Limitierung der Adressenausfallrisiken hinausgehende Steuerung nach Branchenschwerpunkten, geografischer Streuung oder Größenklassen. Signifikante Branchenrisiken bestanden aufgrund des breit diversifizierten Kreditgeschäftes der BBT bisher nicht. Grundlage für die Ermittlung der potenziellen Adressenausfallrisiken für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft sind portfoliobezogene Ausfallwahrscheinlichkeiten und Zuführungen zu Einzelrückstellungen der Vorjahre sowie die aus den Vorjahresdaten ermittelten

Anpassungsfaktoren für die Ausfallwahrscheinlichkeiten des VDB-Ratings. Aus der Multiplikation von modifizierter Ausfallwahrscheinlichkeit je Ratingklasse und dem Eigenobligo ergibt sich der erwartete Verlust. Zur Bestimmung des unerwarteten Verlustes greift die Bank auf die Methodik des Gordy-Modells (Ein-Faktor-Modell) zurück und verwendet Kalibrierungsfaktoren, die aus der Gordy-Formel für das Mengengeschäft nach den Vorgaben der CRR abgeleitet werden. Dabei wird zu jedem Stichtag ein Konzentrationsmaß für das gesamte Portfolio ermittelt und ein Konfidenzniveau von 95% unterstellt. Der so ermittelte erwartete und unerwartete Verlust fließt unter Berücksichtigung einer für die Bank anhand historischer Daten ermittelten LGD als Risiko in das Standardszenario ein. Zur Minimierung der Adressenausfallrisiken im Anlagegeschäft sind Festlegungen in der Anlagestrategie der Bank getroffen worden. Geld- und Kapitalmarktgeschäfte dürfen ausschließlich im „Investment-Grade“ Bereich (Moody's bis Baa 3, Standard & Poors bis BBB-) getätigt werden. Anlagen in Tages- und Termingelder bzw. in Wertpapiere dürfen nur im Rahmen der durch die Geschäftsführung festgelegten Emittenten- und Kontrahentengrenzen erfolgen. Den erwarteten Verlust aus den Adressenausfallrisiken im Anlagegeschäft ermittelt die Bank im Standardszenario anhand der durch externe Ratings ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Migrationsbewegungen in schlechtere Ratingklassen. Darüber hinaus wird der unerwartete Verlust durch den Ausfall einer Adresse mit einer LGD von 45% berücksichtigt. Es werden sowohl die Adressen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft als auch die Adressen im Anlagegeschäft historischen und hypothetischen Stresstests mit deutlich verschärften Parametern und Ausfall-

simulationen unterzogen. Das Limit für Adressenausfallrisiken im Standardszenario beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 4.750 und ist mit TEUR 3.672 zu 77,3% ausgelastet (Vorjahr: Limit TEUR 5.250 mit TEUR 3.738 zu 71,2% ausgelastet).

3.3.2. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen für die Bank grundsätzlich von den von ihr getätigten Anlagen im Eigenbestand und im Spezialfonds. Dabei ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Rahmenbedingungen und Kompetenzregelungen getätigt werden. Für den Fonds besteht eine separate Anlagestrategie („Anlage-richtlinien“), die regelmäßig überprüft und mit dem Fondsmanagement abgestimmt wird. Für die Ermittlung der Risiken der im Spezialfonds vorhandenen Anlagen wird eine Durchschau vorgenommen, Potenzielle Verlustrisiken aus Zins-, Spread- und Kursänderungen werden unter Verwendung anerkannter Veränderungsannahmen mindestens vierteljährlich analysiert. Da die im Bankportfolio befindlichen festverzinslichen Wertpapiere in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten werden, bestehen „echte“ Marktpreisrisiken hauptsächlich in den im Spezialfonds enthaltenen volatilen Aktienbeständen. Die Quantifizierung erfolgt mittels einem auf historischen Daten basierenden Verfahren gemäß unseren Vorgaben mit einem Konfidenzniveau von 95% im Standardszenario. Darüber hinaus werden die Anlagen historischen und hypothetischen Stresstests unterzogen. Das Limit für die Marktpreisrisiken im Standardszenario beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 6.250 und ist mit TEUR 4.971 zu 79,5% ausgelastet (Vorjahr: Limit TEUR 5.750 mit TEUR 4.875 zu 84,8% ausgelastet).

3.3.3. Operationelle Risiken

Zur Identifizierung operationeller Risiken führt die Bank jährlich (zuletzt im September 2021) ein Self-Assessment durch. Die ermittelten Risiken wurden im Rahmen dieser Risikopotenzialanalyse hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und den bei Risikoeintritt zu erwartenden Schäden analysiert. Zur Erfassung der operationellen Risiken, das heißt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, nutzt die Bank eine Schadensfalldatenbank, in welcher alle Schadensfälle ab einer Bruttoschadenshöhe von TEUR 5 erfasst, analysiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Anzahl und Umfang der bisher registrierten Schadensfälle sind gering. In 2021 wurde lediglich ein Schaden über TEUR 5 gemeldet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde für die operationellen Risiken im Standardszenario vereinfacht ein Pauschalwert von TEUR 500 (Vorjahr TEUR 500) festgesetzt, welcher zugleich als Limit fungiert. Bei der Methodik zur Berücksichtigung der operationellen Risiken handelt es sich um einen vereinfachten und entsprechend der Risikopolitik der BBT sehr konservativ geprägten Ansatz.

3.3.4. Liquiditätsrisiken

Da die eingegangenen Bürgschafts- und Garantieschäfte der Bank Eventualverbindlichkeiten sind, die grundsätzlich keine Liquidität oder Refinanzierung benötigen, wird das Liquiditätsrisiko als nicht wesentlich für die BBT eingeschätzt und daher nicht in die Risikotragfähigkeitsberechnung einbezogen. Eine angemessene Berücksichtigung in den Risikocontrolling- und Steuerungsprozessen der Bank ist gewährleistet. Dem Risiko unerwarteter Liquiditätsabflüsse durch erhöhte Bürgschafts- bzw.

Garantieinanspruchnahmen wird dadurch Rechnung getragen, dass jederzeit eine freie Mindestliquidität in Höhe von EUR 1 Mio. in Form von Sichtguthaben bzw. Tagesgeldern vorzuhalten ist. Darüber hinaus erstellt die Bank vierteljährlich eine detaillierte Liquiditätsplanung inklusive Stresstest auf monatlicher Basis für einen rollierenden Betrachtungszeitraum über 12 Monate. Im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung wird im Stressszenario der Abfluss von liquiden Mitteln aufgrund verdoppelter Ausfallzahlungen simuliert. Aufgrund der unsicheren Situation bzgl. höherer Ausfälle bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie wird weiterhin vermehrt freie Liquidität auf den laufenden Konten vorgehalten. Der Bestand an liquiden Mitteln betrug zum Bilanzstichtag EUR 2,9 Mio. Darüber hinaus verfügt die Bank über Termingelder in Höhe von EUR 7,5 Mio. Als Liquiditätsreserve wurden zudem der Spezialfonds über EUR 24,8 Mio. (Buchwert) und acht Wertpapiere über nom. EUR 11,8 Mio. definiert.

3.4. Zusammenfassung

Die von der Bank verwendeten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sind angemessen auf den Geschäftsbetrieb der Bank sowie auf die Art und die Komplexität der Geschäfte auch im Hinblick auf die Auswirkungen der Pandemie auf die Risikosituation der Bank ausgerichtet. Die Risikotragfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit ergab zum Bilanzstichtag eine Auslastung des Gesamtbanklimits von TEUR 11.500 im Standardszenario mit 79,5% (Vorjahr 79,2%). Vor dem Hintergrund gestiegener aufsichtsrechtlicher Anforderungen wird die Bank in 2022 ihr Konzept zur Risikotragfähigkeit einschließlich zugehöriger Berechnungen an die regulatorischen Neuregelungen anpassen. Nach dem Bilanzstichtag

hat die Ukraine nach dem Angriff durch Russland am 24.02.2022 den Kriegszustand ausgerufen. Die aktuelle Situation ist geprägt von geopolitischen Spannungen, die global in die Volkswirtschaften ausstrahlen. So haben z.B. die Europäische Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika zwischenzeitlich umfangreiche Sanktionspakete verabschiedet, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und somit auch auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns der Marktteilnehmer haben können. Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch den Russland-Ukraine-Konflikt. Die Kursentwicklungen an den Finanzmärkten und daraus mögliche Auswirkungen auf die Eigenanlagen werden ebenfalls von uns analysiert. Die weitere Entwicklung ist dabei aktuell noch ungewiss. Die Risikotragfähigkeit ist angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank weiterhin gegeben..

4. Chancen- und Prognosebericht

Das im Prognosebericht zum Jahresabschluss 2020 geplante Neugeschäft für 2021 (EUR 42,5 Mio.) konnte mit EUR 51,3 Mio. deutlich übertroffen werden. Dabei konnten auch die prognostizierten Zahlen bei den Provisionserträgen überboten werden. Auf der einen Seite wird die Nachfrage nach Bürgschaften aufgrund der erhöhten Risikosensitivität der Hausbanken hoch bleiben. Auf der anderen Seite werden Hausbanken generell zurückhaltender agieren bei der Kreditierung von kleinen und mittleren Unternehmen, sofern keine sehr gute Bonität gegeben ist. Da die verbesserten Corona- Bürgschaftsbedingungen zum 30.04.2022 enden (u.a. Absenkung Bürgschaftshöchstbetrag pro Kreditnehmer von EUR 2,5 Mio. auf

EUR 1,25 Mio.) ist mit einem reduzierten Geschäftsumfang zum Vorjahr zu rechnen. Dies vorausgeschickt weist der Geschäftsplan beim bewilligten Bürgschafts- und Garantienneugeschäft für 2022 einen Betrag von EUR 42,5 Mio. aus, wodurch erwartete Tilgungen, Rückgaben und Ausfälle von Bürgschaften- und Garantien in Höhe von EUR 43,3 Mio. fast vollständig kompensiert werden können. Hinsichtlich des niedrigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt wird nicht mit signifikanten Änderungen gerechnet. Es wird in 2022 von steigenden Provisionserträgen aus dem Bürgschafts- und Garantienneugeschäft, von einem höheren Geschäftsbesorgungsentgelt der MBGT sowie von sehr niedrigen Zinserträgen aus der Anlage von Eigenmitteln aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase ausgegangen. Wie in den Vorjahren wurde für 2022 zunächst eine Teilausschüttung aus dem Spezialfonds eingeplant. Die Personalkosten werden sich aufgrund planmäßiger Renteneintritte leicht verringern. Bei den Sachkosten wird mit einem deutlichen Anstieg gerechnet. Grund hierfür sind vor allem steigende Kosten für die IT aufgrund regulatorischer Anforderungen sowie gemeinsamer Projekte der Bürgschaftsbanken. Für 2022 wird ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von TEUR 1.605 erwartet, welches deutlich über dem Betriebsergebnis für 2021 liegt (TE 1.086). Für das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft wird eingeschätzt, dass dieses mit TEUR -1.000 oberhalb der beobachteten Werte vor der Corona-Pandemie liegt. Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem deutlich über dem Vorjahr (TE 240) liegenden Ergebnis in Höhe von rd. TEUR 605 gerechnet. Wir weisen darauf hin, dass die zugrundeliegenden Prognosen auf Einschätzungen vor Eintritt des Russland-Ukraine-Konflikts beruhen. Wir analysieren laufend mögliche Aus-

wirkungen auf die Bank und werden die Prognosen anpassen, soweit dies erforderlich ist. Die Geschäftsführung sieht trotz der aktuellen Situation die Bank aufgrund ihrer stabilen Vermögens- und Finanzlage in der Lage, in 2022 auch deutlich höhere Wertberichtigungen und Ausfälle als ursprünglich geplant, abfedern zu können. So werden wir auch in Krisenzeiten ein zuverlässiger Risikopartner der Wirtschaft im Freistaat Thüringen sein. Weitere wesentliche Risiken für die Geschäftsentwicklung der BBT werden derzeit nicht gesehen. Auch für die Bürgschaftsbank sind die unter den Stichworten BASEL III und SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) summierten Anforderungen an das Eigenkapital von erheblicher Bedeutung. Die Eigenkapitalausstattung der Bank ist für die erhöhten Anforderungen ausreichend bemessen. Durch die Rückbürgschafts-/Rückgarantieerklärungen von Bund und Land für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022 ist die Grundlage für unsere Fördertätigkeit im Jahr 2022 gegeben. Es ist auf Basis der bereits begonnenen Verhandlungen zwischen dem Verband Deutscher Bürgschaftsbanken und den staatlichen Rückbürgen davon auszugehen, dass es weitere Rückbürgschafts-/ Rückgarantieerklärungen für den Zeitraum 2023 - 2027 geben wird. Die Bürgschaftsbank Thüringen unterstützt auch in Zukunft kleine und mittlere Unternehmen sowie Angehörige der freien Berufe bei der Finanzierung erfolversprechender Vorhaben und leistet so ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung Thüringens. Erfurt, 14. März 2022

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchardt Stefan Schneider

Bilanz

zum 31.12.2021

Aktiva	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	1.981,08	650,95
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	2.894.713,12	4.909.928,14
b) andere Forderungen	7.552.897,50	7.543.097,50
	10.447.610,62	12.453.025,64
3. Forderungen an Kunden	109.686,19	161.555,72
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Anleihen und Schuldverschreibungen		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	19.594.134,42	16.833.673,73
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 5.006.008,22 (Vorjahr EUR 4.037.189,84)		
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	24.171.131,88	24.171.131,88
6. Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
7. Immaterielle Anlagewerte		
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16.876,62	3.983,94
8. Sachanlagen	21.779,22	39.056,76
9. Sonstige Vermögensgegenstände	237.785,49	320.234,74
Summe der Aktiva	54.657.614,71	54.039.942,55

Passiva		31.12.2021	31.12.2020
		EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00	0,00
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	387.928,44	466.179,68
3.	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	517,89
4.	Rückstellungen		
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	974.359,00	943.409,00
b)	andere Rückstellungen	14.270.970,12	13.845.330,83
		15.245.329,12	14.788.739,83
5.	Fonds für allgemeine Bankrisiken	11.500.000,00	11.500.000,00
6.	Eigenkapital		
a)	Gezeichnetes Kapital	12.946.300,00	12.946.300,00
b)	Gewinnrücklagen		
ba)	satzungsmäßige Rücklagen	14.578.057,15	14.338.205,15
c)	Bilanzgewinn	0,00	0,00
		27.524.357,15	27.284.505,15
	Summe der Passiva	54.657.614,71	54.039.942,55
1.	Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	226.364.456,16	220.196.606,58
2.	Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	25.984.425,24	22.033.681,80

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01.2021 bis 31.12.2021

Aufwendungen	2021	2020
	EUR	EUR
1. Zinsaufwendungen	97.368,44	81.702,80
2. Provisionsaufwendungen	12.646,98	10.979,09
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	2.060.529,30	2.050.694,53
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 129.663,39 (Vorjahr EUR 118.046,68)	499.363,29	455.516,51
b) andere Verwaltungsaufwendungen	1.092.724,81	1.126.647,09
	3.652.617,40	3.632.858,13
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	22.367,96	21.946,39
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	101.976,72	83.132,05
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	752.650,08	1.108.730,29
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	90.527,00	41.780,00
8. Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen	2.633,96	5.707,56
9. Jahresüberschuss	239.852,00	65.488,66
Summe der Aufwendungen	4.972.640,54	5.052.324,97
1. Jahresüberschuss	239.852,00	65.488,66
2. Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen	-239.852,00	-65.488,66
3. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) hat ihren Sitz in Erfurt und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena (HRB 102250).

Die BBT gehört zu den Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG betreiben.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute (§ 340 ff. HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Kontoform gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist mit dem Nennwert angesetzt. Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennwert angesetzt. Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet sowohl Wertpapiere, die der Liquiditätsreserve zugeordnet sind als auch Wertpapiere, die dem Anlagebestand zugeordnet sind. Alle Wertpapiere werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Eine in den Vorjahren erworbene Schuldverschreibung, die dem Anlagevermögen zugeordnet ist, ist mit dem Nominalwert bilanziert. Das Agio wurde im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet den Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist und wie Umlaufvermögen behandelt wird. Er ist zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei werden die von der Depotbank bzw. Kapitalanlagegesellschaft zur Verfügung gestellten Bewertungen bzw. Anteilswerte des Investmentfonds zum Bilanzstichtag herangezogen. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen. Die im Geschäftsjahr zugegangenen Sachanlagen wurden pro rata temporis abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 800 netto werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen sind zum Nennwert angesetzt. Die Verbindlichkeiten sind mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert. Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) angesetzt. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 1,87% wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Bei der Bewertung werden Trendannahmen für die relevanten Größen, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt. So wurde für den Rententrend 2% p.a. berücksichtigt. Der Anwartschaftstrend beträgt 0% p.a., da der Begünstigte bereits aus der Bank ausgeschieden ist.

Allen erkennbaren Risiken aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch die Bildung von Einzelrückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Im Berichtsjahr wurden Einzelrückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit entsprechenden

durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Das latente Risiko aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch Pauschalrückstellungen abgedeckt. Die Bank ermittelt das latente Risiko unter Verwendung des Ratingsystems auf Basis der dort hinterlegten Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Eigenrisiken im Kreditbestand. Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuches werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Die Bank hat zur Ermittlung einer möglichen Drohverlustrückstellung gemäß § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gebildet. Das Eigenkapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt. Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen abzüglich gebildeter Einzel- und Pauschalrückstellungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Bürgschafts- und Garantiezusagen ausgewiesen. Die auf laufende Guthaben von Kreditinstituten erhobene negative Verzinsung („Strafzins“) wird im Zinsertrag erfasst, schmälert also den Zinsertrag (Angabe gemäß § 340a HGB i.V.m. § 284 Abs. 2 Nr. 1 HGB). Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Von den **Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 10.448; Vorjahr TEUR 12.453)** bestehen **TEUR 8.060** an Banken, die Gesellschaftsanteile an der BBT halten. Bei den Schuldnern handelt es sich um inländische Kreditinstitute. Die **täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 2.895; Vorjahr TEUR 4.910)** enthalten Sichteinlagen und Tagesgelder. Die **anderen Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 7.553; Vorjahr TEUR 7.543)** beinhalten Festgeldanlagen einschließlich der abgegrenzten Zinsen. Die Restlaufzeiten gliedern sich wie folgt auf:

Andere Forderungen an Kreditinstitute	2021	2020
Restlaufzeiten	TEUR	TEUR
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis ein 1 Jahr	0	0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.000	5.000
mehr als 5 Jahre	2.500	2.500

Anteilige Zinsen (TEUR 53), die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert. Die **Forderungen an Kunden (TEUR 110; Vorjahr TEUR 126)** betreffen Forderungen an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH aus Bearbeitungsgebühren sowie Forderungen aus Provisionen und Bearbeitungsgebühren an Bürgschaftsnehmer; alle Forderungen haben eine Laufzeit unter drei Monaten. Im Berichtsjahr waren Abschreibungen auf Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 18 erforderlich.

Unter **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (TEUR 19.594; Vorjahr TEUR 16.834)** werden 15 Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Zwei Wertpapiere über insgesamt TEUR 4.021 sind börsennotiert. Acht Inhaberschuldverschreibungen dienen als Liquiditätsreserve. Sieben Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Aufgrund der Anwendung des strengen Niederstwertprinzips erfolgten zum Bilanzstichtag Abschreibungen in Höhe von TEUR 243. In 2021 waren keine Wertpapiere endfällig, in 2022 werden drei Wertpapiere über insgesamt TEUR 6.000 fällig.

Die **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (TEUR 24.171; Vorjahr TEUR 24.171)** betreffen ausschließlich den für die BBT aufgelegten und durch die Universal-Investment-Gesellschaft mbH verwalteten Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist. Der Anlageschwerpunkt des Spezialfonds liegt auf festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapiere) von bonitätsseitig einwandfreien Emittenten (überwiegend Bund bzw. deutsche Bundesländer und Pfandbriefe deutscher Banken). Gemäß den vorgegebenen Anlagerichtlinien dürfen Aktien (nur DAX- und MDAX-Werte) bis max. 30% – unter Hinzurechnung der Unternehmensanleihen max. 40% des Fondsvolumens zur Nutzung von besseren Renditechancen beigemischt werden.

Eine Ausschüttung für den Fonds wurde in 2021 nicht vorgenommen. Der Wert des Spezialfonds betrug zum 31. Dezember 2021 TEUR 35.903; die Kurswertreserven betragen zum Bilanzstichtag TEUR 11.062 (Vorjahr: TEUR 10.179). Die Rückgabe von Fondsanteilen unterliegt keinen Beschränkungen. Die Fondsanteile des BBT-Universal-Fonds sind nicht börsenfähig.

Die **Beteiligungen (TEUR 57; Vorjahr 57)** sind unverändert. Die BBT hält an der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) mit Sitz in Erfurt einen Anteil von TEUR 51, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 0,51%. Die MBGT wird vollumfänglich durch die BBT geschäftsbesorgt. Das Eigenkapital der MBGT beträgt zum 31.12.2021 TEUR 28.607, das Jahresergebnis 2021 TEUR 1.185. Die BBT hält zudem einen Anteil von TEUR 6 an der Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH (BKGG) mit Sitz in Berlin, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 1,66%. Die Beteiligung an der BKGG dient vordergründig zur Erfüllung der Aufgaben einer Bürgschaftsbank (Fördergedanke) und damit einem langfristigen strategischen Zweck.

Bei den **Immateriellen Anlagewerten (TEUR 17; Vorjahr TEUR 4)** handelt es sich um entgeltlich erworbene Software. Unter den **Sachanlagen (TEUR 22; Vorjahr TEUR 39)** werden Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Hardwarekomponenten ausgewiesen.

Die **Entwicklung des Anlagevermögens** im Berichtsjahr ist aus dem Anlagespiegel (Anlage zum Anhang) ersichtlich.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 238; Vorjahr TEUR 320)** beinhalten hauptsächlich Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (insgesamt TEUR 202) für eine Pensionszusage der Bank und ein Zeitwertkonto. Eine Verrechnung der Rückdeckungsversicherung mit der Pensionsrückstellung wurde nicht vorgenommen, da die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 HGB nicht vorliegen.

Passiva

Die **sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 388; Vorjahr TEUR 466)** enthalten im Wesentlichen eingegangene Regresszahlungen zur Weiterleitung an die Rückbürgen (TEUR 224), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Restlaufzeiten bis zu drei Monaten (TEUR 134) und Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag (TEUR 28).

Den **Pensionsrückstellungen (TEUR 974; Vorjahr TEUR 943)** liegen individuelle Einzelverträge zugrunde. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewandte Zinssatz von 1,87% wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr 2,3) festgelegt. Die Differenz zum Erfüllungsbetrag, die sich unter Anwendung des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,35% ergibt, beträgt TEUR 61 und unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die **anderen Rückstellungen (TEUR 14.271; Vorjahr TEUR 13.845)** betreffen mit TEUR 13.921 hauptsächlich Einzel- und Pauschalrückstellungen für die Risikovorsorge bei Bürgschaften und Garantien. Darüber hinaus bestehen

Rückstellungen für Personalvergütungen, für Kosten für die Jahresabschlussprüfung, für den zu veröffentlichenden Geschäftsbericht, für Beiträge zur Berufsgenossenschaft, für Betriebsjubiläen, für ausstehende Rechnungen sowie für Archivierungskosten.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt unverändert TEUR 11.500 (Vorjahr TEUR 11.500).

Das Stammkapital beträgt per 31. Dezember 2021 EUR 12,9 Mio.; es ist voll eingezahlt. Der für das Geschäftsjahr 2021 ausgewiesene Jahresüberschuss von TEUR 240 wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die **Satzungsmäßige Rücklage** eingestellt und erhöht diese auf TEUR 14.578.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnisse betreffen Bürgschafts- und Garantieübernahmen für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

Bei den ausgewiesenen **Eventualverbindlichkeiten** handelt es sich um die im Rahmen des Gesellschaftszweckes übernommenen Kreditbürgschaften und Garantien. Für die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen bestehen Rückbürgschaften und Rückgarantien des Bundes und des Freistaates Thüringen.

Der Gesamtbetrag der am Bilanzstichtag ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten beträgt nach Abzug der Einzel- und Pauschalrückstellungen TEUR 226.364 (Vorjahr TEUR 220.197); dafür bestehen Rückbürgschaften und –garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von TEUR 183.939 (Vorjahr TEUR 175.865).

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** (TEUR 25.984; Vorjahr TEUR 22.034) beinhalten zum Bilanzstichtag nicht valuerende Bürgschaften und Garantien, für die die Urkunden bereits herausgelegt wurden, für die aber von den Hausbanken noch keine Vertragsabschlussbestätigung abgegeben wurde. Für die Bürgschaften und Garantien bestehen Rückbürgschaften und –garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von TEUR 21.235 (Vorjahr TEUR 17.805).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den **Zinsaufwendungen** (TEUR 97; Vorjahr TEUR 82) sind die Zinsaufwendungen aus der zum Bilanzstichtag ermittelten Aufzinsung von Einzel- und Pauschalrückstellungen für das Kreditgeschäft enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** (TEUR 102; Vorjahr TEUR 83) betreffen im Wesentlichen die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung für die Pensionsrückstellungen (TEUR 21) und nichtabzugsfähige Vorsteuer (TEUR 29) und sonstige Personalkosten (u.a. für betriebliches Gesundheitsmanagement) TEUR 24.

Von den **Zinserträgen** (TEUR 201; Vorjahr TEUR 201) entfallen TEUR 56 auf Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (darin enthalten TEUR 6 „Strafzinsen“ auf Guthaben, Reduktion des Zinsertrags) und TEUR 145 auf Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren.

Die Provisionserträge (TEUR 3.781; Vorjahr TEUR 3.707) beinhalten mit TEUR 3.275 Bürgschafts- bzw. Garantieprovisionen und mit TEUR 506 Bearbeitungsgebühren.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 990; Vorjahr TEUR 1.144) ist mit TEUR 908 hauptsächlich die Vergütung, die die Bank für die Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH für 2021 erhalten hat (Vorjahr TEUR 1.038), enthalten.

V. Sonstige Pflichtangaben

Die BBT verwaltet als Dienstleistung für Bund und Land, KfW und im eigenen Interesse Regressforderungen aus abgerechneten Bürgschaften und Garantien von insgesamt EUR 116,2 Mio. (Vorjahr EUR 123,3 Mio.), aus Mitarbeiterbeteiligungsgarantien von insgesamt EUR 1,9 Mio. (Vorjahr EUR 2,0 Mio.) sowie aus Leasing Bürgschaften EIF von insgesamt TEUR 20,3 (Vorjahr EUR 20,3).

Die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für ein Mitglied des Verwaltungsrates TEUR 149 (ein Bürgschaftengagement).

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2021 waren – ohne Geschäftsführung – 29 Mitarbeiter (davon fünf Teilzeitkräfte, eine geringfügig Beschäftigte und eine Mitarbeiterin im Mutterschutz/Elternzeit) beschäftigt.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt für

- › Abschlussprüfungsleistungen TEUR 55,
- › sonstige Leistungen TEUR 4.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren in Höhe von EUR 1,2 Mio. aus abgeschlossenen Mietverträgen für die Geschäftsräume der BBT mit Laufzeiten bis 2032.

VI. Organe der Gesellschaft

a) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bestand im Berichtsjahr aus
Dipl.-oec. Michael Burchardt und
Dipl.-Betriebswirt (FH) Stefan Schneider.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Für Pensionsverpflichtungen früherer Mitglieder der Geschäftsführung und ihrer Hinterbliebenen sind zum Bilanzstichtag insgesamt TEUR 748 zurückgestellt; die laufenden Bezüge für diese betragen TEUR 27.

b) Verwaltungsrat

Die ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter sind in der Anlage zum Anhang benannt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten in 2021 Aufwandsentschädigungen in Höhe von TEUR 5.

c) Bewilligungsausschuss

In der Bank besteht ein Bewilligungsausschuss, der sich aus neun ordentlichen Mitgliedern mit jeweils einem 1. und 2. Stellvertreter – bis auf die zwei namentlich nicht benannten Mitglieder (je eines) vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft und vom Thüringer Finanzministerium – zusammensetzt (siehe Anlagen zum Anhang).

Die Tätigkeit im Bewilligungsausschuss ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten eine vom Verwaltungsrat festgesetzte pauschale Aufwandsentschädigung sowie Fahrtkostenerstattungen. Im Berichtsjahr erhielten die Mitglieder des Bewilligungsausschusses insgesamt TEUR 9.

VII. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten:
Mit dem Angriff durch Russland am 24.02.2022 hat die Ukraine den Kriegszustand ausgerufen. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet von geopolitischen Spannungen, die weltweit in die Volkswirtschaften ausstrahlen. So haben z.B. die Europäische Union sowie die Vereinigten Staaten von Amerika in der Zwischenzeit umfangreiche Sanktionspakete verabschiedet und darüber hinaus verhängt. Es ist nicht auszuschließen, dass auf Ebene der Wirtschaftspolitik weitere Maßnahmen beschlossen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und somit auch auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns der Marktteilnehmer in den betroffenen Wirtschaftsräumen haben können. Ein Ende, dieser durch Ungewissheit geprägten Situation, ist nicht absehbar. Durch die derzeitige Entwicklung an den Finanzmärkten und die Effekte auf die Gesamtwirtschaft können sich auch negative Auswirkungen auf die Ertragslage und die Wertpapierkursreserven der Eigenanlagen ergeben. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen.

Erfurt, 14. März 2022

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Michael Burchardt Stefan Schneider

Besetzung des Verwaltungsrates

01.01.2021 bis 31.12.2021

Ordentliche Mitglieder

Hans-Georg Dorst (Vorsitzender)

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse
Mittelthüringen, Erfurt

Thomas Malcherek (stellv. Vorsitzender)

Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt,
Erfurt

Christian Breckwoldt

Organisationsdirektor SIGNAL IDUNA Gruppe, Organisations-
direktion Nord/Ost, Berlin

Dr. Harald Bruhn

Leiter Verwaltung und Verbandsorganisation des
Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V., Erfurt

Oskar Dieter Epp

Vorstandsvorsitzender der Volksbank eG
Gera-Jena-Rudolstadt, Jena

Eckhard Hassebrock

Vorstandsmitglied der Thüringer Aufbaubank, Erfurt

Dr. Cornelia Haase-Lerch

Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und
Handelskammer Erfurt, Erfurt

Dipl.-Ing. Olaf Horn

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur,
Apolda

Dr. Thomas Könnecke

Präsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel
und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt

Stellvertreter

Carsten Sprenger

Vorstandsmitglied der Kreissparkasse
Saalfeld-Rudolstadt, Saalfeld

Carsten Bonß

Leiter Gewerbeförderung / Betriebsberater
der Handwerkskammer Südthüringen, Suhl

Harald Tischer

Filialdirektor der SIGNAL IDUNA Gruppe,
Filialdirektion Erfurt

Dr. Herbert Becherer

Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen,
Gotha

Torsten Narr

Vorstandsmitglied der Volksbank eG Gera-Jena-
Rudolstadt, Jena

Thomas Grimmer

Bereichsleiter Kreditanalyse & Finanzen
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

Dr. Ralf Pieterwas

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer Südthüringen, Suhl

Frank Hohle

stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer
für Ostthüringen, Gera

Dr. Jana Zimmermann

Vizepräsidentin des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel
und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt

Ordentliche Mitglieder

Annett Maier

Teamleiterin Small Business Clients Sachsen/Sachsen-Anhalt/
Thüringen UniCredit Bank AG, Jena (ab 19.05.2021)

Klaus Georg Schmidbauer

Abteilungsleiter der Landesbank
Hessen-Thüringen, Erfurt

Arnold Senft

Präsident des Handelsverbandes Thüringen – Der Einzel-
handel e.V., Erfurt

Katrin Siebert

Abteilungsleiterin – Firmenkundengeschäft Sachsen/
Thüringen DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Leipzig

Dirk Stoffregen

Leiter der Niederlassung Erfurt der Commerzbank AG,
Mittelstandsbank,
Erfurt (bis 18.05.2021)

Dr. Tanja Zschach

Marktgebietsleiterin Firmenkunden Thüringen
der Deutschen Bank AG, Erfurt

Stellvertreter

Jens Stiebner

Direktor der Flessabank-Niederlassung Erfurt,
Bankhaus Max Flessa KG, Schweinfurt (ab 19.05.2021)

Uwe Höppner

Abteilungsleiter der Landesbank
Hessen-Thüringen, Erfurt

Sigmar Richter

Vizepräsident des Handelsverbandes Thüringen – Der Einzel-
handel e.V., Erfurt

Stefan Hug

Abteilungsleiter der DZ BANK
AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Leipzig (bis 15.12.2021)

Kay Kakuschke

Abteilungsleiter Seniorekundenbetreuer Firmenkundenge-
schäft, DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Leipzig (ab 15.01.2022)

Frank-André Thies

Firmenkundenbetreuer der Niederlassung Erfurt
der Commerzbank AG, Mittelstandsbank,
Erfurt (bis 18.05.2021)

Peter Inzinger

Regionalleiter Individualkredite Region Ost
UniCredit Bank AG, Berlin (bis 18.05.2021)

Dirk Stoffregen

Leiter der Niederlassung Erfurt der Commerzbank AG,
Mittelstandsbank,
Erfurt (ab 19.05.2021)

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

01.01.2021 bis 31.12.2021

Mitglieder

Marco Jacob (Vorsitzender)

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Falk Hundertmark (stellv. Vorsitzender)

Existenzgründung und Unternehmensförderung der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera, Gera

Bernd Krekel

Mitglied der Geschäftsleitung der Commerzbank AG, Jena

Klaus Thomas Mergel

Leiter des Bürgschaftsreferats

Torsten Narr

Mitglied des Vorstandes der Volksbank eG Gera - Jena - Rudolstadt, Rudolstadt

Dirk Otto

Referatsleiter Wirtschaftsförderung

N. N.

Dipl.Ag.Ing. Ingo Steinbrecher

Steuerberater
Vizepräsident der Steuerberaterkammer Thüringen, Erfurt

Guido Zacher

Bereich Kundenbetreuung
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

1. Stellvertreter

Andreas Hohlfeld

Vorstandsmitglied der Sparkasse Altenburger Land, Altenburg

Dr. Jan Pieter Schulz

Referent Volkswirtschaft der Industrie- und Handelskammer Südthüringen, Suhl

Karina Bleek

stellv. Abteilungsleiterin
Kreditspezialistin im Geschäftskundencenter - Kleine und Mittlere Unternehmen UniCredit Bank AG, Erfurt

Andreas Rohwer

stellvertretender Bürgschaftsreferatsleiter

Peter Herbst

Mitglied des Vorstandes der Volksbank eG Gera - Jena - Rudolstadt, Rudolstadt

Andreas Beutel

Referent Wirtschaftsförderung

Carsten Bonß

Leiter Gewerbeförderung / Betriebsberater der Handwerkskammer Südthüringen, Suhl

Dipl.-Ing. Olaf Horn

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Apolda

Jan Güssow

Bereich Kundenbetreuung
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

2. Stellvertreter

Sven Hauschild

Vorstandsmitglied der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Jörn Fröbel

Referent Unternehmenssicherung/
Finanzierung der Industrie- und Handelskammer Erfurt, Erfurt

Frank Hohle

stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera

Bevollmächtigung einer weiteren Person des Thüringer Finanzministeriums (namentlich nicht benannt)

Martina Kopietz

Mitglied des Vorstandes der Volksbank Thüringen Mitte eG, Suhl

Referent/Sachbearbeiter des Referates Wirtschaftsförderung (namentlich nicht benannt)

Frank Hohle

stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera

Udo Lindenlaub

Regionalpräsident Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e.V.

Thomas Gröger

Bereich Kreditrisikomanagement
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

Anlagespiegel

Anschaffungskosten	Stand am 01.01.2021	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2021
Angaben in EUR				
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	440.750,87	16.800,00	0,00	457.550,87
Sachanlagen	418.904,80	1.183,10	427,73	419.660,17
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	7.817.820,00	500.000,00	0,00	8.317.820,00
Beteiligungen	56.629,19	0,00	0,00	56.629,19
Summe Anlagevermögen	8.734.104,86	517.983,10	427,73	9.251.660,23

Abschreibungen	Stand am 01.01.2021	Abschreibungen	Änderungen der kumul. Abschr. wg. Zu-/Abgängen	Stand am 31.12.2021
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	436.766,93	3.907,32	0,00	440.674,25
Sachanlagen	379.848,04	18.460,64	-427,73	397.880,95
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	359.600,00	90.527,00	0,00	450.127,00
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	1.176.214,97	112.894,96	-427,73	1.288.682,20

Restbuchwerte	Stand am 31.12.2020	Stand am 31.12.2021
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.983,94	16.876,62
Sachanlagen	39.056,76	21.779,22
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	7.458.220,00	7.867.693,00
Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
Summe Anlagevermögen	7.557.889,89	7.962.978,03

*) ohne abgegrenzte Zinsen
Die Beteiligungen sind nicht börsennotiert.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt (im Folgenden „Gesellschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahres-

abschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den

deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können. Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie

dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

› identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

› gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

› beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

› ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren.

Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Neu-Isenburg, 14. April 2022

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Alexandra Pfeil
Wirtschaftsprüferin

Holger Rosenhagen
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde im Berichtsjahr regelmäßig von der Geschäftsführung über die Entwicklung und die Lage der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH unterrichtet. Im Geschäftsjahr 2021 fanden nachstehende zwei Sitzungen des Verwaltungsrates statt:

- › ordentliche Sitzung 19.05.2021
- › ordentliche Sitzung 25.11.2021

Des Weiteren hat sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates in den Besprechungen am 21.04., 04.08. und 28.10.2021 über die laufende Geschäftsentwicklung informiert. In diesen Gesprächen hat er sich insbesondere auch über die risikorelevanten Themen und die Geschäftsentwicklung im Rahmen eines Soll-/Ist-Vergleiches unterrichten lassen.

Im Mittelpunkt der Verwaltungsratssitzung am 19.05.2021 stand der Bericht über die Jahresabschlussprüfung per 31.12.2020. Weiterhin informierte die Geschäftsführung auf der Basis des Risikoberichtes zum 31.03.2021 über den laufenden Geschäftsgang, den Bericht des Compliance-Beauftragten für den Zeitraum vom 01.04.2020 - 31.03.2021. und den Bericht der Innenrevision für das Geschäftsjahr 2020.

Schwerpunkte der Sitzung des Verwaltungsrates am 25.11.2021 waren die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie (inkl. Anlage- und IT-Strategie) sowie Erläuterungen zum Risikobericht per 30.09.2021. Des Weiteren stellte die Geschäftsführung die Geschäftsplanung für den Zeitraum 2022 bis 2024 vor und informierte gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 der Institutsvergütungsverordnung über die Vergütungssystematik der BBT. Außerdem berichtete die Geschäftsführung über den aktuellen Stand des gemeinsamen IT-Projektes der Bürgschaftsbanken.

Im Ergebnis der gem. § 25 d Abs. 11 Nr. 3 und Nr. 4 KWG durchgeführten jährlichen Evaluierung stellte der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 25.11.2021 fest, dass sowohl jedes einzelne Mitglied des Verwaltungsrates sowie der Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit, als auch jedes einzelne Mitglied der Geschäftsführung sowie die Geschäftsführung als Organ in der Lage sind, die sich aus den entsprechenden Überwachungs- bzw. Leitungsfunktionen ergebenden – insbesondere aufsichtsrechtlichen – Anforderungen vollumfänglich zu erfüllen.

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung beraten und nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen überwacht.

Über Neuengagements der Gesellschaft wurde durch den Bewilligungsausschuss und die Geschäftsführung entschieden.

Die AWADO GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg hat den Jahresabschluss 2021 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Der Jahresabschluss wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

An den Erörterungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Verwaltungsrat keine Einwände und schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfer an.

Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss per 31.12.2021 festzustellen. Der Verwal-

tungsrat schließt sich dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses (Einstellung in die Rücklage gem. § 15 des Gesellschaftsvertrages) an.

Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen. Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH für die im Geschäftsjahr 2021 geleistete Arbeit.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat nimmt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der AWA-DO Deutsche Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg versehenen Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH zum 31.12.2021 mit einer Bilanzsumme von 54.657.614,71 EUR und einem Jahresüberschuss von 239.852,00 EUR zur Kenntnis. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss festzustellen und den Jahresüberschuss von 239.852,00 EUR gemäß § 15 des Gesellschaftsvertrages der Gewinnrücklage zuzuführen.

Des Weiteren empfiehlt er der Gesellschafterversammlung den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2021 Entlastung zu erteilen. Der Verwaltungsrat beschließt den vorliegenden Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 2021 an die Gesellschafterversammlung.

Erfurt, den 19. Mai 2022
gez: Hans-Georg Dorst
Verwaltungsratsvorsitzender

Impressum

Herausgeber Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Bonifaciusstraße 19 | 99084 Erfurt

Tel. 0361 2135 - 0

Fax 0361 2135 - 100

info@bb-thueringen.de

www.bb-thueringen.de

www.ermoeglicher.de

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH

Bonifaciusstraße 19 | 99084 Erfurt

Tel. 0361 2135 - 0

Fax 0361 2135 - 100

info@mbg-thueringen.de

www.mbg-thueringen.de

Redaktion Katrin Eisentraut
eisentraut@bb-thueringen.de

Gestaltung Werbeagentur Monsterpixel
www.monsterpixel.de

Bildnachweis Business of people standing in growing bar graph (Adobe Stock) - Cover
Businessman stands to look at the flag on top of the mountain (Adobe Stock) - Seite 28/29

